

nen spürbar. Beispiele hierfür sind die schleichende Abschaffung der Konsensregelung, vorerst zwar nur bei laufenden Geschäften, der Druck geht aber in Richtung genereller Mehrheitsentscheidungen. Weiters wird auf eine nachhaltige Veränderung in der Mitgliedschaft hingearbeitet. Durch Aufnahme von Staaten, die als «global players» der Organisation mehr Gewicht und Einfluss verschaffen sollen, soll die Bedeutung der Kleinstaaten konsequent verringert werden. Dass die in diesem Zusammenhang stets genannten Staaten, wie Russland, China, Indien, Brasilien u.a., noch immer weit entfernt von einer Übereinstimmung mit den Zielen der OECD oder einem Interessengleichklang, der sogenannten «like-mindedness» entfernt sind, stört dabei immer weniger.

Ein Kleinstaat kann sich nun aber nicht damit zufrieden geben, eine wichtige Rolle zu spielen. Damit einher geht auch die Übernahme von Verantwortung und das richtige Abwägen von Eigeninteressen und Gruppeninteressen, die im Zusammenhang mit der entstehenden neuen Weltwirtschaftsordnung zu berücksichtigen sind.

Gerade die laufenden Entwicklungen auf dem Gebiete der Liberalisierung des Welthandels, sowohl im Warenverkehr als auch im Agrarhandel und im Dienstleistungsbereich, zeigen sehr deutlich, dass man sich als Kleinstaat nicht aus dem Geschehen verabschieden darf. So ist z.B. das Multilaterale Investitionsschutzabkommen (MAI) letztlich auch am Widerstand der kleineren Staaten gescheitert. Der in der OECD erarbeitete Entwurf hatte sich so weit von ihrer Interessenwahrung in der Weltwirtschaft wegbewegt, dass er nicht mehr konsensfähig war. Dass die politischen Akteure dabei oft erst durch Proteste der so genannten Zivilgesellschaft die Fallstricke in den vermeintlich guten Vorschlägen erkennen, liegt nicht zuletzt auch an der Knappheit der zur Verfügung stehenden Personalressourcen, die eine umfassende und alle Aspekte berücksichtigende Wertung der von den Einbringern oft sehr geschickt dargestellten Initiativen nicht ermöglicht. Aus eigener österreichischer Erfahrung, und wir gehen da sehr oft mit der Schweiz und anderen kleineren Ländern im Einklang, ist festzustellen, dass wir häufig gar nicht über die Mittel verfügen, alle Auswirkungen realistisch abzuschätzen und daher mehr oder weniger auf Plausibilitätserwägungen und gegenseitige Information angewiesen sind.

Dazu kommt, dass unter dem Druck der Internationalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen und unter dem Einfluss transnationaler Unternehmen und multilateraler Institutionen die autonome Hand-